

## Das Gespenst von Deutschland geht um

Diana Johnstone

Um der imaginären russischen Bedrohung für Westeuropa zu begegnen, wird Deutschland eine erweiterte, militarisierte EU anführen.

Die EU rüstet sich für einen langen Krieg gegen Russland, der den wirtschaftlichen Interessen und der sozialen Stabilität Europas eindeutig zuwiderläuft. Ein Krieg, der scheinbar irrational ist – wie viele andere auch – hat tiefe emotionale Wurzeln und beansprucht eine ideologische Rechtfertigung. Solche Kriege sind schwer zu beenden, weil sie sich außerhalb des Bereichs der Rationalität bewegen.

Jahrzehntelang, nachdem die Sowjetunion in Berlin einmarschiert war und das Dritte Reich entscheidend besiegt hatte, sorgte sich die sowjetische Führung um die Gefahr eines „deutschen Revanchismus“. Da der Zweite Weltkrieg als deutsche Rache für den entgangenen Sieg im Ersten Weltkrieg angesehen werden konnte, könnte der aggressive deutsche Drang nach Osten nicht wieder aufleben, vor allem, wenn er anglo-amerikanische Unterstützung genoss? In amerikanischen und britischen Machtzirkeln hatte es immer eine Minderheit gegeben, die Hitlers Krieg gegen die Sowjetunion gerne zu Ende geführt hätte.

Nicht der Wunsch, den Kommunismus zu verbreiten, sondern die Notwendigkeit einer Pufferzone gegen solche Gefahren war die Hauptmotivation für das anhaltende politische und militärische Engagement der Sowjetunion in den Ländern von Polen bis Bulgarien, die die Rote Armee der Nazi-Besatzung entrissen hatte.

Diese Besorgnis schwand Anfang der 1980er Jahre erheblich, als eine junge deutsche Generation in Friedensdemonstrationen gegen die Stationierung nuklearer „Euromissiles“ auf die Straße ging, die das Risiko eines Atomkriegs auf deutschem Boden erhöhen könnten. Diese Bewegung schuf das Bild eines neuen friedlichen Deutschlands. Ich glaube, dass Michail Gorbatschow diesen Wandel ernst genommen hat.

Am 15. Juni 1989 kam Gorbatschow nach Bonn, der damals noch bescheidenen Hauptstadt eines täuschend bescheidenen Westdeutschlands. Offenbar erfreut über den warmen und freundlichen Empfang, hielt Gorbatschow an, um den Menschen in dieser friedlichen Universitätsstadt, die Schauplatz großer Friedensdemonstrationen gewesen war, die Hand zu schütteln.

Ich war dabei und erlebte seinen ungewöhnlich warmen, festen Händedruck und sein eifriges Lächeln. Ich habe keinen Zweifel daran, dass Gorbatschow aufrichtig an ein „gemeinsames europäisches Haus“ [glaubte](#), in dem Ost- und Westeuropa glücklich Seite an Seite leben könnten, vereint durch eine Art demokratischen Sozialismus.

Vor zwei Wochen, am 30. August, starb Gorbatschow im Alter von 91 Jahren. Sein Traum von einem glücklichen Zusammenleben Russlands und Deutschlands in ihrem „gemeinsamen europäischen Haus“ wurde schon bald durch die Zustimmung der Clinton-Regierung zur NATO-Osterwei-

terung auf fatale Weise untergraben. Doch am Tag vor Gorbatschows Tod machten führende deutsche Politiker in Prag jede Hoffnung auf ein solches Happy End zunichte, indem sie ihre Führungsrolle in einem Europa proklamierten, das sich dem Kampf gegen den russischen Feind verschrieben hat.

Dabei handelte es sich um Politiker aus denselben Parteien – der SPD und den Grünen –, die in den 1980er Jahren an der Spitze der Friedensbewegung standen.

### **Das deutsche Europa muss sich nach Osten ausdehnen**

Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz ist ein farbloser SPD-Politiker, aber seine Rede am 29. August in Prag war von aufrührerischer Bedeutung. Scholz forderte eine erweiterte, militarisierte EU unter deutscher Führung. Er behauptete, dass die russische Operation in der Ukraine die Frage aufwerfe, „wo in Zukunft die Trennlinie zwischen diesem freien Europa und einer neoimperialen Autokratie verlaufen wird. Wir können nicht einfach zusehen, wie freie Länder von der Landkarte getilgt werden und hinter Mauern oder eisernen Vorhängen verschwinden“, sagte er.

(Anm.: Der Konflikt in der Ukraine ist eindeutig das unvollendete Ergebnis des Zusammenbruchs der Sowjetunion, das durch böswillige Provokationen von außen noch verschärft wurde. Wie im Kalten Krieg werden Moskaus Abwehrreaktionen als Vorboten einer russischen Invasion in Europa und damit als Vorwand für eine Aufrüstung interpretiert).

Um dieser imaginären Bedrohung zu begegnen, wird Deutschland eine erweiterte, militarisierte EU anführen. „Ich setze mich für die Erweiterung der EU um die Staaten des westlichen Balkans, die Ukraine, Moldawien und langfristig auch Georgien ein“, sagte Scholz vor seinem europäischen Publikum in der tschechischen Hauptstadt. Die Befürchtung, dass Russland die Trennlinie nach Westen verschiebt, ist etwas seltsam, wenn man plant, drei ehemalige Sowjetstaaten aufzunehmen, von denen einer (Georgien) geografisch und kulturell sehr weit von Europa entfernt ist, aber vor der Haustür Russlands liegt.

Auf dem „westlichen Balkan“ produzieren Albanien und die vier äußerst schwachen Reststaaten des ehemaligen Jugoslawiens (Nordmazedonien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina und das weitgehend nicht anerkannte Kosovo) hauptsächlich Emigranten und sind weit von den wirtschaftlichen und sozialen Standards der EU entfernt. Kosovo und Bosnien sind militärisch besetzt und de facto NATO-Protectorate. Serbien, das solider ist als die anderen Länder, zeigt keine Anzeichen dafür, seine vorteilhaften Beziehungen zu Russland und China aufzugeben, und die Begeisterung der Serben für „Europa“ hat nachgelassen.

Durch die Aufnahme dieser Mitgliedstaaten werde „eine stärkere, souveränere, geopolitische EU erreicht“, so Scholz. Ein „geopolitischeres Deutschland“ trifft es eher. Während die EU nach Osten wächst, ist Deutschland „in der Mitte“ und wird alles tun, um sie alle zusammenzubringen. Neben der Erweiterung fordert Scholz daher „einen schrittweisen Übergang zu Mehrheitsentscheidungen in der gemeinsamen Außenpolitik“, um die heute erforderliche Einstimmigkeit zu ersetzen.

Was das bedeutet, dürfte den Franzosen klar sein. Historisch gesehen haben die Franzosen die Konsensregel verteidigt, um nicht in eine Außenpolitik hineingezogen zu werden, die sie nicht wollen. Die französischen Staats- und Regierungschefs haben das mythische „deutsch-französische

Paar“ als Garanten der europäischen Harmonie hochgehalten, vor allem um die deutschen Ambitionen unter Kontrolle zu halten.

Aber Scholz sagt, er wolle keine „EU der exklusiven Staaten oder Direktorien“, was die endgültige Scheidung dieses „Paares“ bedeuten würde. Bei einer EU mit 30 oder 36 Staaten, so Scholz, sei „schnelles und pragmatisches Handeln gefragt“. Und er ist sich sicher, dass der deutsche Einfluss auf die meisten dieser armen, verschuldeten und oft korrupten neuen Mitgliedstaaten die erforderliche Mehrheit finden wird.

Frankreich hat immer auf eine von der NATO getrennte EU-Sicherheitsgruppe gehofft, in der das französische Militär eine führende Rolle spielen würde. Doch Deutschland hat andere Vorstellungen. „Die NATO bleibt der Garant für unsere Sicherheit“, sagte Scholz und freute sich, dass Präsident Biden „ein überzeugter Transatlantiker“ sei.

„Jede Verbesserung, jede Vereinheitlichung der europäischen Verteidigungsstrukturen im Rahmen der EU stärkt die NATO“, sagte Scholz. „Deutschland wird deshalb gemeinsam mit anderen EU-Partnern dafür sorgen, dass die geplante schnelle Eingreiftruppe der EU im Jahr 2025 einsatzbereit ist und dann auch ihren Kern bilden wird.“

Dazu bedarf es einer klaren Kommandostruktur. Deutschland werde sich dieser Verantwortung stellen, „wenn wir 2025 die Führung der schnellen Eingreiftruppe übernehmen“, so Scholz. Es ist bereits beschlossen, dass Deutschland Litauen mit einer schnell verlegbaren Brigade und die NATO mit weiteren Kräften in hoher Bereitschaft unterstützen wird.

### **Dienen, um zu führen ... Wohin?**



Anmerkung: Im Originaltext ist ein anderes Habeck-Foto.

Kurz gesagt, Deutschlands militärische Aufrüstung wird Robert Habecks berühmt-berüchtigte Aussage vom letzten März in Washington untermauern: „Je stärker Deutschland dient, desto größer ist seine Rolle.“ Habeck von den Grünen ist Deutschlands ‚Wirtschaftsminister‘ und die zweitmächtigste Figur in der derzeitigen deutschen ‚Regierung‘.

Die Bemerkung wurde in Washington sehr wohl verstanden: Indem Deutschland dem von den USA geführten westlichen Imperium dient, stärkt es seine Rolle als europäische Führungsmacht. So wie die USA Deutschland bewaffnen, ausbilden und besetzen, wird Deutschland die gleichen Dienste für die kleineren EU-Staaten, vor allem im Osten, bereitstellen.

Seit Beginn der russischen Operation in der Ukraine hat die deutsche Politikerin Ursula von der Leyen ihre Position als Chefin der EU-Kommission genutzt, um immer drastischere Sanktionen gegen Russland zu verhängen, was in diesem Winter zu einer schweren europäischen Energiekrise führen könnte.

Ihre Feindseligkeit gegenüber Russland scheint grenzenlos zu sein. Im April letzten Jahres forderte sie in Kiew eine rasche EU-Mitgliedschaft der Ukraine, die bekanntermaßen das korrupteste Land Europas ist und bei weitem nicht den EU-Standards entspricht. Sie verkündete: „Russland wird wirtschaftlich, finanziell und technologisch verfallen, während die Ukraine auf dem Weg in eine europäische Zukunft ist.“ Für von der Leyen kämpft die Ukraine „unseren Krieg“. All dies geht weit über ihre Befugnis hinaus, für die 27 EU-Mitglieder zu sprechen, aber niemand hält sie auf.

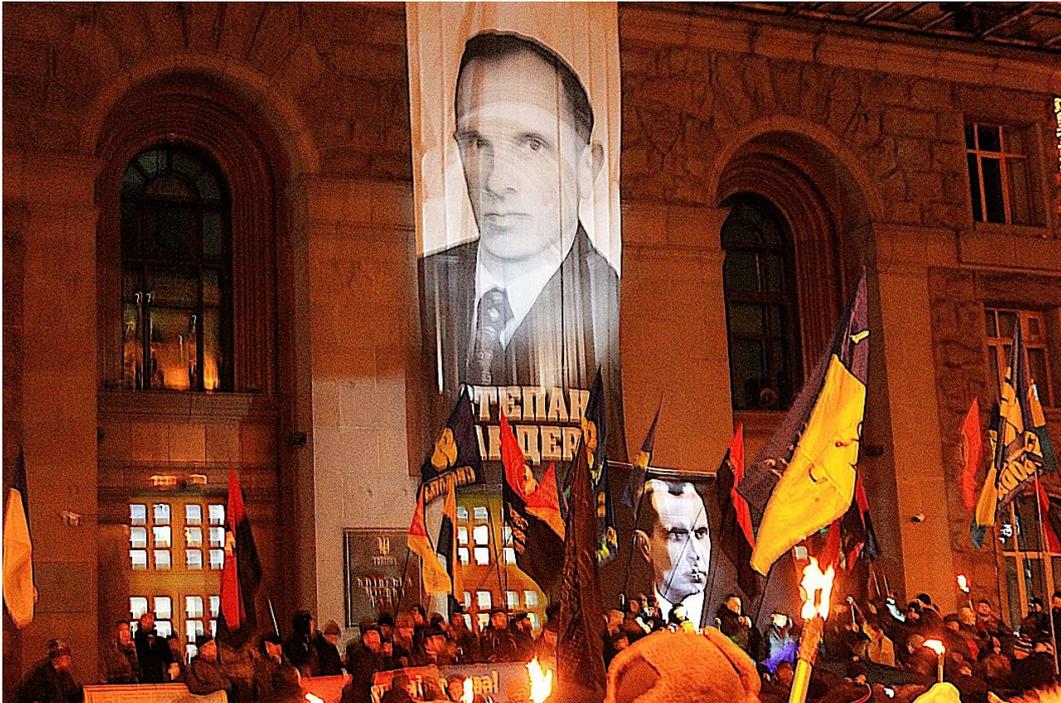
Die ‚deutsche Außenministerin‘ der Grünen, Annalena Baerbock, ist ebenso entschlossen, „Russland zu ruinieren“. Als Verfechterin einer „feministischen Außenpolitik“ [?] drückt Baerbock ihre Politik in persönlichen Worten aus. „Wenn ich den Menschen in der Ukraine das Versprechen gebe, wir stehen zu euch, solange ihr uns braucht“, sagte sie am 31. August auf dem von der US-Stiftung National Endowment for Democracy (NED) gesponserten Forum 2000 in Prag in englischer Sprache, „dann will ich liefern, egal was meine deutschen Wähler denken, aber ich will dem ukrainischen Volk liefern.“

„Die Menschen werden auf die Straße gehen und sagen, wir können unsere Energiepreise nicht bezahlen, und ich werde sagen: Ja, ich weiß, also werden wir euch mit sozialen Maßnahmen helfen. [...] Wir werden an der Seite der Ukraine stehen, und das bedeutet, dass die Sanktionen auch bis zum Winter bestehen bleiben, auch wenn es für die Politiker wirklich hart wird.“

Sicherlich ist die Unterstützung für die Ukraine in Deutschland groß, aber vielleicht wegen der drohenden Energieknappheit zeigt eine aktuelle Forsa-Umfrage, dass etwa 77 Prozent der Deutschen diplomatische Bemühungen zur Beendigung des Krieges befürworten würden – was eigentlich Sache des Außenministers sein sollte. Doch Baerbock zeigt kein Interesse an Diplomatie, sondern nur an einem „strategischen Scheitern“ Russlands – egal wie lange es dauert.

In der Friedensbewegung der 1980er Jahre distanzierte sich eine Generation von Deutschen von der ihrer Eltern und gelobte, „die aus vergangenen Kriegen geerbten Feindbilder“ zu überwinden. Seltsamerweise beruft sich die 1980 geborene Baerbock auf ihren Großvater, der in der Wehrmacht gekämpft hat, als hätte er irgendwie zur europäischen Einheit beigetragen. Ist das das Pendel der Generationen?

## Die kleinen Revanchisten



Stepan Bandera Fackelzug in Kiew, 1. Januar 2020. (A1/Wikimedia Commons)

**Es gibt Grund zu der Vermutung, dass die gegenwärtige deutsche Russophobie einen Großteil ihrer Legitimation aus der Russophobie ehemaliger Nazi-Verbündeter in kleineren europäischen Ländern bezieht.**

Während der deutsche anti-russische Revanchismus vielleicht ein paar Generationen brauchte, um sich durchzusetzen, gab es eine Reihe kleinerer, obskurerer Revanchismen, die am Ende des europäischen Krieges aufblühten und in die Operationen der Vereinigten Staaten im Kalten Krieg einbezogen wurden. Diese kleinen Revanchismen unterlagen nicht den Entnazifizierungsgesten oder der Holocaust-Schuld, die Deutschland auferlegt wurde. Vielmehr wurden sie von der C.I.A., Radio Free Europe und den Ausschüssen des Kongresses wegen ihres glühenden Antikommunismus begrüßt. Politisch gestärkt wurden sie in den USA durch die anti-kommunistische Diaspora aus Osteuropa.

Von diesen war die ukrainische Diaspora sicherlich die größte, politisch intensivste und einflussreichste, sowohl in Kanada als auch im Mittleren Westen der USA. Ukrainische Faschisten, die zuvor mit den Nazi-Invasoren kollaboriert hatten, waren am zahlreichsten und aktivsten und führten den Block der anti-bolschewistischen Nationen an, der Verbindungen zum deutschen, britischen und US-amerikanischen Geheimdienst hatte.

Das osteuropäische Galizien, nicht zu verwechseln mit dem spanischen Galizien, gehört seit Jahrhunderten abwechselnd zu Russland und Polen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde es zwischen Polen und der Ukraine aufgeteilt. Das ukrainische Galizien ist das Zentrum eines virulenten ukrainischen Nationalismus, dessen größter Held des Zweiten Weltkriegs Stepan Bandera war. Dieser Nationalismus kann mit Fug und Recht als „faschistisch“ bezeichnet werden, und zwar nicht nur

wegen seiner oberflächlichen Zeichen – seiner Symbole, Grußformeln oder Tattoos – sondern weil er von jeher grundsätzlich rassistisch und gewalttätig ist.

Angestiftet von den Westmächten Polen, Litauen und dem Habsburger Reich, bestand der Schlüssel zum ukrainischen Nationalismus darin, dass er westlich und damit überlegen war. Da Ukrainer und Russen von derselben Bevölkerung abstammen, stützte sich der pro-westliche ukrainische Ultrationalismus auf imaginäre Mythen von Rassenunterschieden: Die Ukrainer seien das wahre westliche „Was-auch-immer“, während die Russen mit „Mongolen“ vermischt und somit eine minderwertige Rasse seien. Banderistische ukrainische Nationalisten haben offen dazu aufgerufen, die Russen als solche, als minderwertige Wesen, zu beseitigen.

Solange die Sowjetunion existierte, wurde der ukrainische Rassenhass gegen die Russen mit Antikommunismus gedeckt, und die westlichen Geheimdienste konnten sie auf der „reinen“ ideologischen Grundlage des Kampfes gegen Bolschewismus und Kommunismus unterstützen. Aber jetzt, da Russland nicht mehr von Kommunisten regiert wird, ist die Maske gefallen, und der rassistische Charakter des ukrainischen Ultrationalismus ist sichtbar – für alle, die ihn sehen wollen.

Die westlichen Politiker und Medien sind jedoch entschlossen, dies nicht zu bemerken.

Die Ukraine ist nicht einfach wie jedes andere westliche Land. Sie ist tief und dramatisch gespalten zwischen dem Donbass im Osten, russischen Gebieten, die der Ukraine von der Sowjetunion überlassen wurden, und dem anti-russischen Westen, in dem sich Galizien befindet. Russlands Verteidigung des Donbass, ob klug oder unklug, deutet keineswegs auf eine russische Absicht hin, in andere Länder einzufallen. Dieser Fehlalarm ist der Vorwand für die Remilitarisierung Deutschlands im Bündnis mit den angelsächsischen Mächten gegen Russland.

### **Das jugoslawische Vorspiel**

Dieser Prozess begann in den 1990er Jahren mit dem Zerfall Jugoslawiens.

Jugoslawien war kein Mitglied des Sowjetblocks. Genau aus diesem Grund erhielt das Land vom Westen Kredite, die in den 1970er Jahren zu einer Schuldenkrise führten, in der die Führer der sechs Teilrepubliken die Schulden auf die anderen abwälzen wollten. Dies begünstigte separatistische Tendenzen in den relativ reichen slowenischen und kroatischen Republiken, die durch ethnischen Chauvinismus und die Ermutigung durch externe Mächte, insbesondere Deutschland, verstärkt wurden.

Während des Zweiten Weltkriegs hatte die deutsche Besatzung das Land auseinandergerissen. Serbien, das im Ersten Weltkrieg mit Frankreich und Großbritannien verbündet war, wurde einer strafenden Besatzung unterworfen. Das idyllische Slowenien wurde dem Dritten Reich einverleibt, während Deutschland ein unabhängiges Kroatien unterstützte, das von der faschistischen Ustascha-Partei regiert wurde und zu dem der größte Teil Bosniens gehörte, das Schauplatz der blutigsten internen Kämpfe war. Nach Kriegsende wanderten viele kroatische Ustascha nach Deutschland, in die USA und nach Kanada aus, wobei sie die Hoffnung auf eine Wiederbelebung des secessionistischen kroatischen Nationalismus nie aufgaben.

In den 1990er Jahren erhielten die Kongressmitglieder in Washington ihre Eindrücke von Jugoslawien von einer einzigen Expertin: der 35-jährigen kroatischen Amerikanerin Mira Baratta, Assistentin von Senator Bob Dole (republikanischer Präsidentschaftskandidat von 1996). Barattas

Großvater war ein wichtiger Ustascha-Offizier in Bosnien gewesen, und ihr Vater war in der kroatischen Diaspora in Kalifornien aktiv. Baratta überzeugte nicht nur Dole, sondern praktisch den gesamten Kongress von der kroatischen Version der jugoslawischen Konflikte, die alles auf die Serben schob.

In Europa gelang es Deutschen und Österreichern, allen voran Otto von Habsburg, dem Erben der untergegangenen österreichisch-ungarischen Monarchie und Mitglied des EU-Parlaments aus Bayern, die Serben als Bösewichte darzustellen und damit eine wirksame Rache an ihrem historischen Feind aus dem Ersten Weltkrieg, Serbien, zu üben. Im Westen wurde es üblich, Serbien als „historischen Verbündeten Russlands“ zu bezeichnen und dabei zu vergessen, dass die engsten Verbündeten Serbiens in der jüngeren Geschichte Großbritannien und insbesondere Frankreich waren.

Im September 1991 erklärte ein führender deutscher christdemokratischer Politiker und Verfassungsrechtler, warum Deutschland den Zerfall Jugoslawiens durch die Anerkennung der slowenischen und kroatischen secessionistischen jugoslawischen Republiken fördern sollte. Das war der frühere CDU-Verteidigungsminister Rupert Scholz auf dem 6. Fürstenfeldbrucker Symposium für die Führung von Bundeswehr und Wirtschaft am 23. und 24. September 1991).

Mit der Beendigung der deutschen Teilung, so Rupert Scholz, „haben wir sozusagen die wichtigsten Folgen des Zweiten Weltkriegs überwunden und bewältigt ... aber in anderen Bereichen haben wir es noch mit den Folgen des Ersten Weltkriegs zu tun“ – der, wie er anmerkte, „in Serbien begann“.

„Jugoslawien als Folge des Ersten Weltkriegs ist ein sehr künstliches Konstrukt, das niemals mit der Idee der Selbstbestimmung vereinbar war“, sagte Rupert Scholz. Er schloss: „Meiner Meinung nach müssen Slowenien und Kroatien sofort international anerkannt werden. (...) Wenn diese Anerkennung erfolgt ist, wird der Jugoslawien-Konflikt kein innerjugoslawisches Problem mehr sein, in das sich die internationale Gemeinschaft nicht einmischen darf.“

Und tatsächlich folgte auf die Anerkennung eine massive westliche Intervention, die bis heute andauert. Indem sie Partei ergriffen, haben Deutschland, die USA und die NATO letztlich ein katastrophales Ergebnis hervorgebracht: ein halbes Dutzend Kleinstaaten mit vielen ungeklärten Fragen und starker Abhängigkeit von westlichen Mächten. Bosnien-Herzegowina steht unter militärischer Besatzung und unter dem Diktat eines „Hohen Vertreters“, der zufällig Deutscher ist. Das Land hat etwa die Hälfte seiner Bevölkerung durch Auswanderung verloren.

Nur Serbien zeigt Anzeichen von Unabhängigkeit und weigert sich trotz starken Drucks, sich den westlichen Sanktionen gegen Russland anzuschließen. Für die Strategen in Washington war der Zerfall Jugoslawiens eine Übung, ethnische Spaltungen zu nutzen, um größere Einheiten, die UdSSR und dann Russland, zu zerschlagen.

### **Humanitäre Bombardierung**

Westliche Politiker und Medien haben der Öffentlichkeit eingeredet, dass es sich bei der Bombardierung Serbiens durch die NATO im Jahr 1999 um einen „humanitären“ Krieg handelte, der großzügig zum „Schutz der Kosovaren“ geführt wurde (nachdem mehrere Attentate bewaffneter Secessionisten die serbischen Behörden zu den unvermeidlichen Repressionen veranlasst hatten, die als Vorwand für die Bombardierung dienten).

**Der eigentliche Sinn des Kosovo-Krieges bestand jedoch darin, dass er die NATO von einem defensiven in ein aggressives Bündnis verwandelte, das bereit war, überall und ohne UN-Mandat unter jedem beliebigen Vorwand Krieg zu führen.**

Diese Lektion war den Russen klar. Nach dem Kosovo-Krieg konnte die NATO nicht mehr glaubhaft behaupten, sie sei ein reines „Verteidigungsbündnis“.

Sobald der serbische Präsident Milosevic, um die Infrastruktur seines Landes vor der Zerstörung durch die NATO zu bewahren, dem Einmarsch der NATO-Truppen in den Kosovo zustimmte, nahmen die USA kurzerhand ein riesiges Gebiet in Beschlag, um ihren ersten großen US-Militärstützpunkt auf dem Balkan zu errichten. Die NATO-Truppen sind immer noch dort. [Camp Bondsteel]

So wie die USA sich beeilten, diesen Stützpunkt im Kosovo zu errichten, war klar, was von den USA zu erwarten war, nachdem es ihnen 2014 gelungen war, in Kiew eine Regierung zu installieren, die der NATO beitreten wollte. Dies wäre die Gelegenheit für die USA, den russischen Marinestützpunkt auf der Krim zu übernehmen. Da bekannt war, dass die Mehrheit der Bevölkerung auf der Krim zu Russland zurückkehren wollte (wie schon von 1783 bis 1954), konnte Putin diese Bedrohung abwenden, indem er ein Volksreferendum abhielt, das die Rückkehr bestätigte.

### **Osteuropäischer Revanchismus erobert die EU**

Die Forderung des deutschen Bundeskanzlers Scholz, die EU um bis zu neun neue Mitglieder zu erweitern, erinnert an die Erweiterungen von 2004 und 2007, bei denen zwölf neue Mitglieder aufgenommen wurden, neun davon aus dem ehemaligen Sowjetblock, darunter die drei baltischen Staaten, die einst Teil der Sowjetunion waren.

Diese Erweiterung hatte das Gleichgewicht bereits nach Osten verschoben und den deutschen Einfluss gestärkt. Insbesondere die politischen Eliten Polens und der drei baltischen Staaten standen stark unter dem Einfluss der USA und Großbritanniens, wo viele von ihnen während der Sowjet Herrschaft im Exil gelebt hatten. Sie brachten eine neue Welle des fanatischen Antikommunismus in die EU-Institutionen ein, der sich nicht immer von Russophobie unterscheiden ließ.

Das EU-Parlament, das sich in Bezug auf die Menschenrechte mit Tugenden schmückt, war besonders empfänglich für den eifrigen Anti-Totalitarismus seiner neuen osteuropäischen Mitglieder.

### **Revanchismus und die Erinnerungswaffe**

Als Teil der antikommunistischen Lustration oder Säuberungen förderten die osteuropäischen Staaten „Erinnerungsinstitute“, die die Verbrechen des Kommunismus anprangern sollten. Natürlich wurden solche Kampagnen von rechtsextremen Politikern genutzt, um die Linke im Allgemeinen unter Verdacht zu stellen.

Wie der Europawissenschaftler Zoltan Dujisin [erläutert](#), gelang es den „anti-kommunistischen Erinnerungsinstituten“ an der Spitze dieser Institute, ihre öffentlichen Informationsaktivitäten von der nationalen Ebene auf die Ebene der EU zu verlagern. Sie nutzten die westlichen Verbote der Holocaust-Leugnung, um sich darüber zu beschweren, dass die Verbrechen der Nazis zwar in Nürnberg verurteilt und bestraft worden seien, die kommunistischen Verbrechen jedoch nicht.

Die Taktik der anti-kommunistischen Unternehmer bestand darin, zu fordern, dass die Erwähnung des Holocausts mit der Anprangerung des Gulag einhergeht. Diese Kampagne musste mit einem heiklen Widerspruch umgehen, da sie dazu tendierte, die Einzigartigkeit des Holocaust in Frage zu stellen, ein Dogma, das für die finanzielle und politische Unterstützung der westeuropäischen Gedenkstätten unerlässlich war.

Im Jahr 2008 nahm das EU-Parlament eine Entschließung an, in der der 23. August als „Europäischer Tag des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus“ festgelegt wurde – zum ersten Mal wurde damit eine bis dahin eher isolierte rechtsextreme Gleichsetzung übernommen. In einer Entschließung des EP aus dem Jahr 2009 zum Thema „Europäisches Gewissen und Totalitarismus“ wurde die Unterstützung nationaler Institute gefordert, die sich auf die Geschichte des Totalitarismus spezialisiert haben.

Dujisin erklärt: „Europa wird heute von dem Gespenst einer neuen Erinnerung heimgesucht. Die einzigartige Stellung des Holocausts als negative Gründungsformel der europäischen Integration, der Höhepunkt langjähriger Bemühungen prominenter westlicher Führer ... wird zunehmend durch eine Erinnerung an den Kommunismus in Frage gestellt, die seine Einzigartigkeit bestreitet.“

Osteuropäische Gedächtnisinstitute schlossen sich zur „Platform of European Memory and Conscience“ zusammen, die zwischen 2012 und 2016 eine Reihe von Ausstellungen zum Thema „Totalitarismus in Europa“ organisierte: Faschismus-Nazismus-Kommunismus" organisierte, die in Museen, Gedenkstätten, Stiftungen, Rathäusern, Parlamenten, Kulturzentren und Universitäten in 15 europäischen Ländern gezeigt wurden, um „das öffentliche Bewusstsein und die Aufklärung über die schwersten Verbrechen der totalitären Diktaturen zu verbessern“.

Unter diesem Einfluss nahm das EU-Parlament am 19. September 2019 eine Entschließung „zur Bedeutung der europäischen Erinnerung für die Zukunft Europas“ an, die weit über die Gleichsetzung politischer Verbrechen hinausgeht, indem sie eine eindeutig polnische Geschichtsinterpretation als Politik der EU proklamiert. Sie geht sogar so weit zu erklären, dass der Molotow-Ribbentrop-Pakt für den Zweiten Weltkrieg verantwortlich ist – und somit ist Sowjetrußland genauso schuldig am Krieg wie Nazi-Deutschland.

#### Die Entschließung

„betont, dass der Zweite Weltkrieg, der verheerendste Krieg in der Geschichte Europas, als unmittelbare Folge des berüchtigten nationalsozialistisch-sowjetischen Nichtangriffspakts vom 23. August 1939, auch bekannt als Molotow-Ribbentrop-Pakt, und seiner Geheimprotokolle begonnen wurde, mit denen zwei totalitäre Regime, die das Ziel der Welteroberung teilten, Europa in zwei Einflusszonen aufteilten.“

„ ... erinnert daran, dass die nationalsozialistischen und kommunistischen Regime Massenmorde, Völkermord und Deportationen verübten und im 20. Jahrhundert einen Verlust an Leben und Freiheit in einem Ausmaß verursachten, wie es in der Geschichte der Menschheit noch nie vorgekommen ist, und erinnert an das schreckliche Verbrechen des Holocaust, das vom nationalsozialistischen Regime verübt wurde; verurteilt auf das Schärfste die von den nationalsozialistischen, kommunistischen und anderen totalitären Regimen verübten Aggressionsakte, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und massenhaften Menschenrechtsverletzungen;“

Dies steht natürlich nicht nur in direktem Widerspruch zu den russischen Feierlichkeiten zum „Großen Vaterländischen Krieg“ zur Niederschlagung der Nazi-Invasion, sondern auch zu den jüngsten Bemühungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin, das Molotow-Ribbentrop-Abkommen in den Kontext früherer Weigerungen osteuropäischer Staaten, insbesondere Polens, sich mit Moskau gegen Hitler zu verbünden, zu stellen.

Aber die Entschließung des EP:

„Ist zutiefst besorgt über die Bemühungen der derzeitigen russischen Führung, historische Tatsachen zu verdrehen und die vom totalitären Sowjetregime begangenen Verbrechen zu beschönigen, und betrachtet sie als gefährlichen Bestandteil des gegen das demokratische Europa geführten Informationskriegs, der darauf abzielt, Europa zu spalten, und fordert die Kommission daher auf, diesen Bemühungen entschieden entgegenzuwirken.“

So entpuppt sich die Bedeutung der Erinnerung für die Zukunft als ideologische Kriegserklärung an Russland auf der Grundlage von Interpretationen des Zweiten Weltkriegs, zumal die Erinnerungsunternehmen implizit suggerieren, dass die vergangenen Verbrechen des Kommunismus eine Strafe verdienen – wie die Verbrechen des Nationalsozialismus. Es ist nicht ausgeschlossen, dass dieser Gedankengang bei bestimmten Personen in Deutschland eine gewisse stillschweigende Genugtuung hervorruft.

Wenn westliche Politiker von einem „Wirtschaftskrieg gegen Russland“ oder davon sprechen, Russland durch die Bewaffnung und Unterstützung der Ukraine „zu ruinieren“, fragt man sich, ob sie bewusst den Dritten Weltkrieg vorbereiten oder versuchen, dem Zweiten Weltkrieg ein neues Ende zu bereiten. Oder wird beides miteinander verschmelzen?

So wie sich die Lage darstellt, mit dem offenen Versuch der NATO, Russland mit einem Zermürbungskrieg in der Ukraine zu „überrumpeln“ und damit zu besiegen, ist es ein wenig so, als hätten Großbritannien und die USA rund 80 Jahre später die Seiten gewechselt und sich dem deutsch dominierten Europa angeschlossen, um gemeinsam mit den Erben des osteuropäischen Antikommunismus, von denen einige mit NS-Deutschland verbündet waren, Krieg gegen Russland zu führen.

Die Geschichte mag helfen, die Ereignisse zu verstehen, aber der Kult der Erinnerung wird leicht zum Kult der Rache. Rache ist ein Kreislauf, der kein Ende hat. Sie benutzt die Vergangenheit, um die Zukunft zu zerstören. Europa braucht klare Köpfe, die in die Zukunft blicken und in der Lage sind, die Gegenwart zu verstehen.